

Musterbrief

(Bitte ergänzen Sie Namen der Abgeordneten sowie Daten und Fakten aus Ihrem Unternehmen und auf Kopfbogen Ihres Unternehmens.)

Herrn / Frau
Bundestagsabgeordneten
(Name)

100-Tagegesetz jetzt in den Bundestag einbringen
Aussetzung des § 61b Nr. 2 EEG (2017)

Sehr geehrte Frau..., / Sehr geehrter Herr ...,

am 1. August 2018 hat die EU-Kommission die beihilferechtliche Genehmigung der am 7. Mai 2018 zwischen EU-Kommissarin Vestager und Bundeswirtschaftsminister Altmaier getroffene Vereinbarung zur EEG-Umlageregulierung bezüglich der KWK-Eigenstromversorgung genehmigt. Damit wäre der Weg frei für eine wieder nur 40-prozentige Belastung eigenverbrauchten KWK-Stroms.

Obwohl der Bundeswirtschaftsminister bereits im März mit der zuständigen EU-Kommissarin eine einvernehmliche Lösung errungen hatte, insbesondere für die seit 31. Dezember 2017 ausgelaufene beihilferechtliche Genehmigung für die Begünstigung von KWK-Anlagen mit Inbetriebnahme ab 01. August 2014 bei der EEG-Umlage, ist das Gesetz zur Umsetzung der neuen Lösung bisher noch nicht einmal im Bundeskabinett beschlossen worden. Ein Arbeitsentwurf zu diesem Gesetz liegt seit 24. April 2018 vor und ist zwischenzeitlich allgemein bekannt geworden.

Die Zahlung der vollen EEG-Umlage für selbst erzeugten Strom bedeutet für unser Unternehmen eine jährliche Mehrbelastung in Höhe von Euro. Dadurch wird die Wirtschaftlichkeit unserer hocheffizienten KWK-Stromerzeugung stark gemindert und die Anlage ist von der Stilllegung bedroht.

Bitte setzen Sie sich als MdB zur Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens dafür ein, dass die Einbringung des Gesetzentwurfs aus dem Bundestag heraus erfolgt. Ein möglicher Ansatz zur Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens könnte unserer Meinung nach darin bestehen, dass zwischen den Bundesministerien strittige Fragen wie die Sonderausschreibungen für Wind und PV aus dem Gesetzentwurf zunächst ausgeklammert, und alle anderen Artikel des Gesetzentwurfs kurzfristig auf die Tagesordnung des Bundestages zur ersten Lesung gesetzt werden.

Gerne würden wir uns mit Ihnen in einem persönlichen Gespräch darüber austauschen, in welchem Maße die wirtschaftliche Planungssicherheit von Investitionen auch und gerade in klimaschonende Anlagentechnik durch schlechtes Politik- und Verwaltungsmanagement auf Bundesebene beeinträchtigt wird.

Mit freundlichen Grüßen,

Geschäftsführende Gesellschafterin / Geschäftsführerin
Geschäftsführender Gesellschafter / Geschäftsführer